



Amtsblatt der Stadt Rülchen

Amtliches Veröffentlichungsorgan der Stadt Rülchen

Nr.: 14

59602 Rülchen, 23.12.2020

26. Jahrgang

	Inhalt	Seite
01	Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rülchen vom 17.12.2020 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Rülchen vom 17.12.2020	101
02	Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rülchen vom 04.09.2020 Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Rülchen für das Haushaltsjahr 2020	108
03	Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rülchen vom 17.12.2020 7. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Rülchen vom 17.12.2020	111
04	Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rülchen vom 17.12.2020 19. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rülchen vom 17.12.2020	113

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rüthen

Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Rüthen vom 17.12.2020

- Neufassung -

Inhaltsübersicht

- § 1 Begriffsbestimmungen
- § 2 Allgemeine Verhaltenspflicht
- § 3 Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen
- § 4 Tiere
- § 5 Verunreinigungsverbot
- § 6 Hausnummern
- § 7 Ausnahme vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit
- § 8 Erlaubnisse, Ausnahmen
- § 9 Ordnungswidrigkeiten
- § 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Präambel

Aufgrund der §§ 27 Abs. 1, Abs. 4 Satz 1; 31 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.5.1980 (GV. NW S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 456a), und der §§ 9 Abs. 3 und 10 Abs. 4 des Gesetzes zum Schutz vor Luftverunreinigungen, Geräuschen und ähnlichen Umwelteinwirkungen - Landes-Immissionsschutzgesetz (LImSchG NRW) - in der Fassung vom 18.3.1975 (GV. NW S. 232), zuletzt geändert durch Artikel 6 Gesetz vom 20.09.2016 (GV. NRW S. 790), wird von der Stadt Rüthen als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Rüthen vom 16.12.2020 für das Gebiet der Stadt Rüthen folgende Verordnung erlassen:

§ 1

Begriffsbestimmungen

- (1) Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Bankette, Wege, Gehwege, Radwege, Bürgersteige, Plätze, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.
- (2) Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen
 - 1. Grün-, Erholungs-, Spiel- und Sportflächen, Schulhöfen, Waldungen, Gärten, Friedhöfe, die Wegränder öffentlicher Straßen sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;

2. Ruhebänke, Toiletten-, Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, Buswartehallen, Telekommunikationseinrichtungen, Wetterschutz- und ähnliche Einrichtungen;
3. Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Kanalisations-, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtungen sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtsignalanlagen.

§ 2

Allgemeine Verhaltenspflichten

- (1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen haben sich alle so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt werden, insbesondere durch
 - Grölen in alkoholisiertem Zustand
 - Anpöbeln
 - Verrichten der Notdurft/Urinieren

Die Benutzung der Verkehrsflächen und Anlagen darf nicht vereitelt oder beschränkt werden.

- (2) Verhaltenspflichtige sind alle, die für das eigene Verhalten, für das Verhalten anderer (Personen/Tiere) oder für den Zustand von Sachen verantwortlich sind. Mehrere Verantwortliche haften als Gesamtschuldner.

- (3) Absatz 1 findet nur insoweit Anwendung, als die darin enthaltenen Verhaltenspflichten und Benutzungsgebote nicht der Regelung des Verkehrs im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO) auf Verkehrsflächen und in Anlagen dienen. Insoweit ist § 1 Abs. 2 StVO einschlägig.

§ 3

Schutz der Verkehrsflächen und Anlagen

- (1) Die Anlagen und Verkehrsflächen sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Vorübergehende Nutzungseinschränkungen auf Hinweistafeln sind zu beachten.

- (2) Es ist insbesondere untersagt

1. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bäume, Sträucher und Pflanzen aus dem Boden zu entfernen, zu beschädigen oder Teile davon abzuschneiden, abzubrechen, umzuknicken oder sonst wie zu verändern;
2. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen unbefugt Bänke, Tische, Einfriedungen, Spielgeräte, Verkehrszeichen, Straßen- und Hinweisschilder, Strom- und Ampelschaltkästen, Lichtmasten, Wahlplakatanschlagtafeln, Abfallbehälter, Sammelcontainer und andere Einrichtungen zu entfernen, zu versetzen, zu beschädigen, zu beschmutzen, zu bemalen, zu besprühen, zu bekleben, zu verunstalten oder anders als bestimmungsgemäß zu nutzen;

3. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen Wohnmobile, Wohnwagen, Zelte oder Verkaufswagen ab- oder aufzustellen und dort zu übernachten; das Verbot gilt nicht für entsprechend beschilderte Bereiche;
4. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen, insbesondere auf Grünflächen, Gegenstände abzustellen oder Materialien zu lagern;
5. die Anlagen zu befahren und Kraftfahrzeuge dort zu parken; dies gilt nicht für Unterhalts- und Notstandsarbeiten sowie für das Befahren mit Kinderfahrzeugen und Fortbewegungsmitteln wie Krankenfahrstühle, sofern Personen nicht behindert werden;
6. Sperrvorrichtungen und Beleuchtungen zur Sicherung von Verkehrsflächen und Anlagen unbefugt zu beseitigen, zu beschädigen oder zu verändern sowie Sperrvorrichtungen zu überwinden;
7. Hydranten, Straßenrinnen und Einflussöffnungen oder Straßenkanäle zu verdecken oder ihre Gebrauchsfähigkeit sonst wie zu beeinträchtigen;
8. gewerbliche Betätigungen, die einer Erlaubnis nach § 55 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) bedürfen, vor öffentlichen Gebäuden, insbesondere Kirchen, Schulen und Friedhöfen im Einzugsbereich von Ein- und Ausgängen auszuüben. Die Vorschriften des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) und die aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Satzungen bleiben hiervon unberührt;
9. in den Anlagen und auf Verkehrsflächen sich zum Zwecke des Alkoholgenusses aufzuhalten, soweit hierdurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird;
10. die Schulhöfe in der Zeit von Mai bis August nach 22.00 Uhr, in der übrigen Zeit nach 20.00 Uhr außerhalb schulischer Veranstaltungen zum Aufenthalt und zum Spielen zu nutzen. Durch Beschilderung können andere Nutzungszeiten und weitere Einschränkungen festgelegt oder die Benutzung der Schulhöfe untersagt werden. Das Rauchen, der Verzehr von alkoholischen Getränken und der Genuss anderer Rauschmittel sind auf Schulhöfen nicht gestattet;
11. die Kinderspiel- und Sporteinrichtungen nicht bestimmungsgemäß zu benutzen. Hinweisschilder weisen auf den erlaubten Nutzerkreis sowie auf die Nutzungszeiten hin; die Hinweise sind zwingend zu beachten. Das Rauchen und der Verzehr von alkoholischen Getränken sind auf Kinderspiel- und Sportplätzen nicht gestattet. Ausgenommen vom Rauch- und Alkoholverbot sind nur der Sport- und Spielbetrieb der eingetragenen Vereine sowie deren Veranstaltungen.
Auf Kinderspielplätzen dürfen Tiere nicht mitgeführt werden; dies gilt nicht für Blindenführ- und Assistenzhunde, die jedoch an der Leine zu führen sind;
12. Waldungen, Banketten, Wegeränder oder den Pflanzenbewuchs zu vernichten oder anderweitig zu nutzen.

§ 4

Tiere

- (1) Auf Verkehrsflächen und in Anlagen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile sind Hunde an der Leine zu führen, soweit nicht in § 2 Abs. 3 Satz 2 Landesforstgesetz NRW (LFoG) etwas anderes geregelt ist. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Landeshundegesetzes (LHundG NRW) und der Satzung über den Anleinzwang für Hunde in der Stadt Rüthen vom 01.01.2003.

- (2) Wer auf Verkehrsflächen oder in Anlagen Tiere, insbesondere Pferde und Hunde, mit sich führt, hat die durch die Tiere verursachten Verunreinigungen unverzüglich und schadlos zu beseitigen.
- (3) Von den Regelungen in Abs. 1 und 2 ausgenommen sind Blinde und hochgradig Sehbehinderte, die Blindenhunde mit sich führen.
- (4) Wildlebende Katzen und Tauben sowie Enten in See-/Teichbereichen dürfen nicht zielgerichtet oder gezielt gefüttert werden.
- (5) Katzenhalter/innen, die ihren Katzen Zugang ins Freie gewähren, haben diese vorher tierärztlich kastrieren und mittels Tätowierung oder Mikrochip kennzeichnen zu lassen.

Als Katzenhalter/innen im vorstehenden Sinne gilt auch, wer freilaufenden Katzen regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.
- (6) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht gewährleistet ist. Im Übrigen bleibt § 9 unberührt.

§ 5

Verunreinigungsverbot

- (1) Jede Verunreinigung der Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt.
Unzulässig ist insbesondere
 1. das Wegwerfen und Zurücklassen von Unrat, Lebensmittelresten, Zigarettenstummel, Papier, Glas, Konservendosen oder sonstigen Verpackungsmaterialien sowie von scharfkantigen, spitzen, gleitfähigen oder anderweitig gefährlichen Gegenständen;
 2. das Ausschütten jeglicher Schmutz- und Abwässer sowie das Ableiten von Regenwasser auf Straßen und Anlagen, wobei die ordnungsgemäße Einleitung in die Kanalisation unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften ausgenommen ist;
 3. das Reinigen von Fahrzeugen, Gefäßen u.a. Gegenständen, es sei denn, es erfolgt mit klarem Wasser. Zusätze von Reinigungsmitteln sind nicht erlaubt. Motor- und Unterbodenwäsche oder sonstige Reinigungen, bei denen Öl, Altöl, Benzin oder ähnliche Stoffe in das öffentliche Kanalnetz oder in das Grundwasser gelangen können, sind verboten;
 4. das Ablassen und die Einleitung von Öl, Altöl, Benzin, Benzol oder sonstigen flüssigen, schlammigen und/oder feuergefährlichen Stoffen auf die Straße oder in die Kanalisation. Gleiches gilt für das Ab- oder Einlassen von Säuren/Basen, säure-/basehaltigen oder giftigen Flüssigkeiten. Falls derartige Stoffe durch Unfall oder aus einem anderen Grunde auslaufen, hat der Verursacher alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ein Eindringen dieser Stoffe in das Grundwasser oder in die Kanalisation zu verhindern. Dem Ordnungsamt - außerhalb der Dienststunden der Polizei - ist zudem sofort Mitteilung zu machen;
 4. der Transport von Flugasche, Flugsand, Schüttgut bei Steintransporten oder ähnlichen Materialien auf offenen Lastkraftwagen, sofern diese Stoffe nicht abgedeckt oder in geschlossenen Behältnissen verfüllt worden sind.

- (2) Hat jemand öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen - auch in Ausübung eines Rechts oder einer Befugnis - verunreinigt oder verunreinigen lassen, so muss die Person unverzüglich für die Beseitigung dieses Zustandes sorgen. Insbesondere haben diejenigen, die Waren zum sofortigen Verzehr anbieten, Abfallbehälter aufzustellen und darüber hinaus in unmittelbarer Nähe die Rückstände einzusammeln.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden nur Anwendung, soweit durch die Verunreinigungen nicht der öffentliche Verkehr erschwert wird und somit § 32 der Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht anwendbar ist.

§ 6

Hausnummern

- (1) Jedes Haus ist vom Eigentümer bzw. der Eigentümerin oder den Nutzungsberechtigten auf eigene Kosten mit der dem Grundstück zugeteilten Hausnummer zu versehen; die Hausnummer muss von der Straße erkennbar sein und lesbar erhalten werden.
- (2) Die Hausnummer ist unmittelbar neben dem Haupteingang deutlich sichtbar anzubringen. Liegt der Haupteingang nicht an der Straßenseite, so ist sie an der zur Straße gelegenen Hauswand oder Einfriedung des Grundstücks, und zwar an der dem Haupteingang zunächst liegenden Hauswand, anzubringen. Ist ein Vorgarten vorhanden, der das Wohngebäude zur Straße hin verdeckt oder die Hausnummer nicht erkennen lässt, so ist sie an der Einfriedung neben dem Eingangstor bzw. der Eingangstür zu befestigen oder ggf. separat anzubringen.
- (3) Bei Gebäuden mit mehreren Haupteingängen ist jeder Haupteingang mit einer Hausnummer entsprechend den Absätzen 1 und 2 zu versehen.
- (4) Bei Umnummerierungen darf das bisherige Hausnummernschild während einer Übergangszeit von einem Jahr nicht entfernt werden. Es ist mit roter Farbe so durchzustreichen, dass die alte Nummer noch deutlich lesbar bleibt.

§ 7

Ausnahme vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit

- (1) Vom Verbot der Betätigungen, die die Nachtruhe (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr) zu stören geeignet sind, werden gem. § 9 Abs. 3 und § 10 Abs. 4 LImSchG NRW folgende Ausnahmen zugelassen:
 - 1. für die Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar bis 2.00 Uhr;
 - 2. für die Schützenfeste und sonstige Traditionsveranstaltungen wie z.B. Karnevalsveranstaltungen bis 2.00 Uhr;
 - 3. für von der Stadt Rüthen ausgerichtete Veranstaltungen bis 2.00 Uhr.
- (2) Die Ausnahmen unter Abs. 1 Nr. 2 und 3 sind auf den jeweiligen Festplatz beschränkt.

§ 8

Erlaubnisse, Ausnahmen

Der Bürgermeister der Stadt Rüthen kann auf Antrag Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zulassen, wenn die Interessen des/der Antragstellers/in die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die allgemeine Verhaltenspflicht gem. § 2 der Verordnung;
2. die Schutz- und Verhaltenspflichten hinsichtlich der Verkehrsflächen und Anlagen gem. § 3 der Verordnung;
3. die Bestimmungen hinsichtlich der Haltung, Fütterung, Registrierung und Kastration von Tieren gem. § 4 der Verordnung;
4. das Verunreinigungsverbot gem. § 5 der Verordnung;
5. die Hausnummerierungspflicht gem. § 6 der Verordnung

verletzt.

(2) Ordnungswidrig gem. § 17 LImSchG NRW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Ausnahmeregelung des § 7 der Verordnung zuwiderhandelt.

(3) Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung können mit einer Geldbuße nach den Bestimmungen des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 185 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geahndet werden, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafen oder Geldbußen bedroht sind.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 01.01.2021 Jahr in Kraft. Ihre Geltungsdauer wird befristet bis zum 31.12.2025. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 27.11.2015, geändert durch die 1. Änderung der Verordnung vom 07.12.2016, außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Rüthen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen diese Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Rüthen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rüthen, 17.12.2020

gez.
-Weiken-
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rüthen

**Nachtragssatzung zur H a u s h a l t s s a t z u n g
der Stadt R ü t h e n für das Haushaltsjahr 2020**

I. Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Rüthen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund der § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b,ber.S.304a), hat der Rat der Stadt R ü t h e n mit Beschluss vom 13.08.2020 folgende Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 29.01.2020 erlassen:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	die bisher festgesetzten Beträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich Nach- träge festgesetzt auf
	EUR	EUR	EUR	EUR
Ergebnisplan				
Erträge	22.322.700	0	0	22.322.700
Aufwendungen	23.464.339	0	0	23.464.339
Finanzplan				
<u>aus der lfd. Verwaltungstätigkeit:</u>				
Einzahlungen	21.408.270	0	0	21.408.270
Auszahlungen	21.399.017	0	0	21.399.017
<u>aus der Investitionstätigkeit:</u>				
Einzahlungen	1.876.000	0	0	1.876.000
Auszahlungen	3.526.244	0	0	3.526.244
<u>aus der Finanzierungstätigkeit:</u>				
Einzahlungen	444.444	0	0	444.444
Auszahlungen	235.000	0	0	235.000

§ 2

Der bisherige festgesetzte Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird nicht geändert.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 0 EUR um 2.100.000 EUR erhöht und damit auf 2.100.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die bisherige festgesetzte Verringerung der allgemeinen Rücklage wird nicht geändert.

§ 5

Der bisher festgesetzte Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird nicht geändert.

§ 6

Die Steuersätze werden nicht geändert.

§ 7

Haushaltssicherungskonzept

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2022 wiederhergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 8

Die Regelungen zum Stellenplan werden nicht geändert.

§ 9

Die Bewirtschaftungsregeln werden nicht geändert.

II. Bekanntmachungsanordnung

Übereinstimmungserklärung gemäß § 2 Absatz 3 Bekanntmachungsverordnung NRW:

Der vorstehende Beschluss über den Erlass der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2020 stimmt mit dem Beschluss der Stadtvertretung Rüthen vom 13.08.2020 überein. Der Beschluss ist ordnungsgemäß zustande gekommen (§ 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO NRW).

Die vorstehende Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Nachtragssatzung Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gemäß § 80 Abs. 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) der Landrätin des Kreises Soest als untere staatliche Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 26.08.2020 angezeigt worden.

Die Landrätin des Kreises Soest als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat mit Verfügung vom 03.09.2020 die nach § 76 Abs. 2 GO NRW erforderliche Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes erteilt. Das Anzeigeverfahren gem. § 80 Abs. 5 GO NRW wurde damit für abgeschlossen erklärt.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen liegt zur Einsichtnahme ab dem 04.09.2020 im Rathaus der Stadt Rüthen in Rüthen, Hochstraße 14, Zimmer 33, öffentlich aus und steht dort bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2020 zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Dienstzeit: montags - freitags	8:00 Uhr bis 12:30 Uhr
montags - mittwochs auch	13:30 Uhr bis 16:00 Uhr
donnerstags auch	13:30 Uhr bis 17.30 Uhr

III. Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rüthen, den 04.09.2020

gez.
- Weiken -
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rüthen

**7. Änderung
der Beitrags- und Gebührensatzung
zur Entwässerungssatzung
der Stadt Rüthen
vom 17.12.2020**

Aufgrund

der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) in der zur Zeit geltenden Fassung,

der § 1, 2, 4, 6 bis 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S. 712) in der zur Zeit geltende Fassung,

des § 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926) in der zur Zeit geltenden Fassung

hat die Stadtvertretung Rüthen am 16.12.2020 folgende Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Rüthen vom 18.12.2009 beschlossen:

Artikel 1

§ 11 Abs. 8 erhält folgende Fassung:

- (8) Die Verbrauchsgebühr beträgt ab dem 01.01.2018 je m³ Schmutzwasser **2,49 €**.

Für Grundstücke, die unmittelbar an Einrichtungen eines Abwasserverbandes (Ruhrverband Essen) angeschlossen sind, beträgt die Verbrauchsgebühr ab dem 01.01.2021 je m³ Schmutzwasser **1,80 €**.

Für Grundstücke, deren Eigentümer oder Nutzungsberechtigte Genossen des Ruhrverbandes sind, beträgt die Verbrauchsgebühr ab dem 01.01.2021 je m³ Schmutzwasser **0,69 €**.

§ 12 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

- (7) Der Gebührensatz für den Quadratmeter abflusswirksam bebauter (bzw. überbauter) und/oder befestigter Fläche im Sinne des Abs. 1 beträgt ab dem 01.01.2021 jährlich **0,43 €**.

Für Grundstücke, deren Eigentümer oder Nutzungsberechtigte Genossen des Ruhrverbandes sind, beträgt der Gebührensatz ab dem 01.01.2021 jährlich **0,35 €** je m² abflusswirksamer Fläche im Sinne des Abs. 1.

Artikel 2

Diese 7. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Rüthen tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 7. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Rüthen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

59602 Rüthen, 17.12.2020

gez.
- Weiken -
Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Rüthen

19. Nachtragssatzung

**zur Gebührensatzung zur Satzung über die
Abfallentsorgung in der Stadt Rüthen
vom 17.12.2020**

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der z. Zt. gültigen Fassung, der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712) in der z. Zt. gültigen Fassung, des Kreislaufwirtschafts-Gesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) in der z.Zt. gültigen Fassung, des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NRW) vom 21.06.1988 (GV. NRW. S. 250) in der z.Zt. gültigen Fassung und des § 21 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rüthen vom 02.12.2005 in der z. Zt. gültigen Fassung hat die Stadtvertretung Rüthen in der Sitzung am 16.12.2020 folgende 19. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rüthen vom 15.06.1992 beschlossen:

Artikel 1

§ 4 Abs. 1 Satz 1 – 4 erhält folgende Fassung:

Die jährliche Benutzungsgebühr für die Restmüllabfuhr beträgt je Einwohner bzw. Einwohnergleichwert 64,00 Euro.

Die Mindestgebühr für jedes angeschlossene Grundstück beträgt 160,00 Euro.

Die jährliche Gebühr für die Bioabfallabfuhr beträgt je Einwohner bzw. Einwohnergleichwert 14,00 Euro.

Die Mindestgebühr für jedes angeschlossene Grundstück beträgt 35,00 Euro.

Artikel 2

Diese 19. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rüthen tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende 19. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rüthen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Rüthen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rüthen, 17.12.2020

gez.
- Weiken -
Bürgermeister